

125 Jahre

Sozialdemokratische Partei Deutschland
Ortsverein Stockelsdorf



STOCKELSDORF

SPD

Gleichheit, Wahrheit, Recht und Freiheit

125 Jahre SPD Stockelsdorf

Eine Chronik

Vorbemerkung des Chronisten:



Erst im Jahre 1892 genehmigte die landesherrliche Obrigkeit in Oldenburg/Eutin den Sozialdemokratischen Verein Stockelsdorf und Umgebung. Dieses Jahr wurde von der Partei fortan als Gründungsdatum geführt. Tatsächlich aber gab es schon Jahre vorher erhebliche Aktivitäten der Arbeiterbewegung im Ort, auf die man sich hätte berufen können, wie es anderenorts durchaus üblich war.

Ulrich Meyenborg

Mit Ferdinand Lassalle fing es an

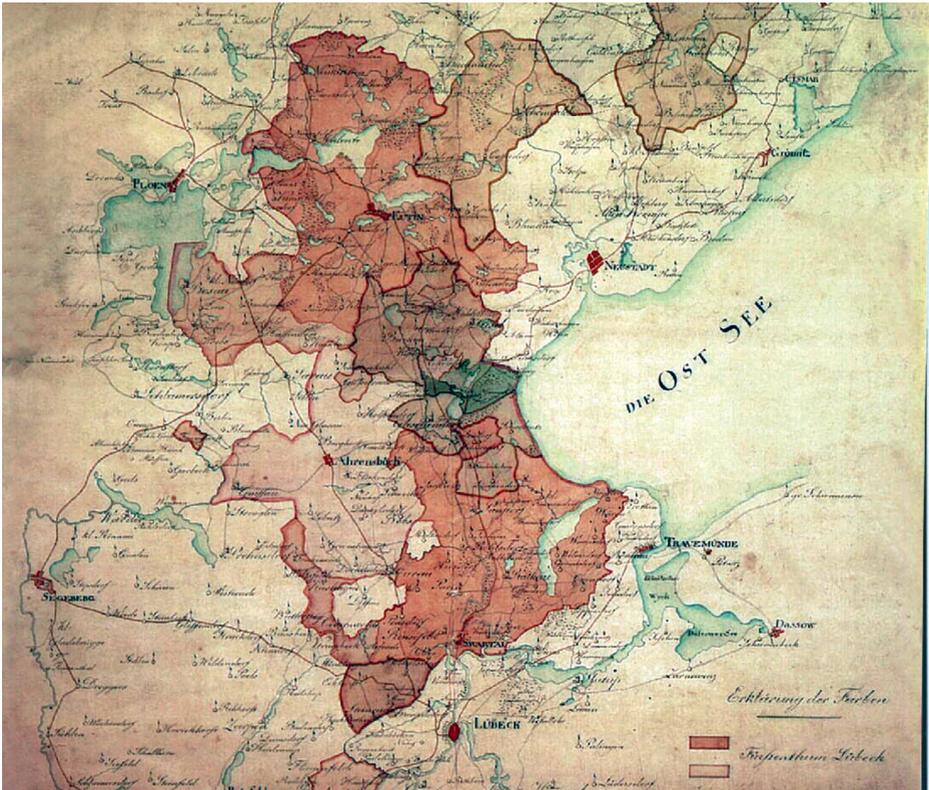
Schon vor der Reichsgründung 1871 wurde in den meisten Ländern des Deutschen Bundes die Gründung von Arbeitervereinen und anderen sozialistischen Organisationen nicht geduldet. So auch im Großherzogtum Oldenburg, zu dem Stockelsdorf gehörte.

1875 schlossen sich auf dem Gothaer Einigungsparteitag die bis dahin konkurrierenden sozialistischen Parteien, also der schon 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei (SDAP) von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, zusammen und gründeten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Dies war die endgültige Geburtsstunde der SPD.

1878 veranlasste Bismarck dann das Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen durch ein Reichsgesetz „Über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz). Die Behörden hatten das Recht, sozialistische Vereine aufzulösen, Druckerzeugnisse und Versammlungen zu verbieten. Sogar Wohnungen konnten durchsucht werden. Der weitergehenden Forderung Bismarcks nach Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für Sozialdemokraten stimmte der Reichstag allerdings nicht zu.

Der Landesteil Lübeck im Freistaat Oldenburg

Stockelsdorf gehörte ab 1919 zum Landesteil Lübeck (vorher Fürstentum) des Freistaates Oldenburg (vorher Großherzogtum) mit der gleichnamigen Landeshauptstadt in Ostfriesland. Nach der Machtübertragung 1933 an Hitler wurden im Rahmen der Gleichschaltung im Landesteil neun Großgemeinden gebildet (Malente, Bosau, Eutin, Süsel, Glesendorf, Ratekau, Ahrensböck, Schwartau und Stockelsdorf), die zusammen knapp 50.000 Einwohner hatten. Zwischen Ahrensböck und Stockelsdorf lagen noch einige Dörfer, die bis 1937 zur Freien und Hansestadt Lübeck gehörten: Malkendorf, Krumbek, Dissau und Curau (lübscher Teil)).



Karte des Fürstentums Lübeck 1819

Quelle: wikipedia.org

Während der nördliche Landesteil -auch wirtschaftlich- eher zur Preußischen Provinz Schleswig-Holstein ausgerichtet war, war der südliche Landesteil eng an der Freien und Hansestadt Lübeck orientiert. Bis 1945

wurden übrigens, nicht nur umgangssprachlich, sondern auch in amtlichen Dokumenten die Ortsteile Fackenburg, Mori, Ravensbusch und Stockelsdorf ausdrücklich eigenständig genannt.

Die Gründung des Sozialdemokratischen Vereins Stockelsdorf

Wie im ganzen Reich fanden sich schon in der Zeit der Sozialistengesetze auch in Stockelsdorf Menschen zusammen, die für die Ideen von Freiheit und Gerechtigkeit der Sozialdemokratie eintraten und die Not der



*Die Gründer
der SPD
Stockelsdorf 1892*

*Obere Reihe:
R. Hartmann,
J. Hoffmann,
H. Hoffmann,
H. Lütgens,
R. Schnoor,
W. Hoffmann,*

*Untere Reihe:
Chr. Groß,
H. Freese,
F. Dammann,
F. Beth,
J. Bull,
A. Schmidt,
H. Westphäligen,
W. Hoffmann*

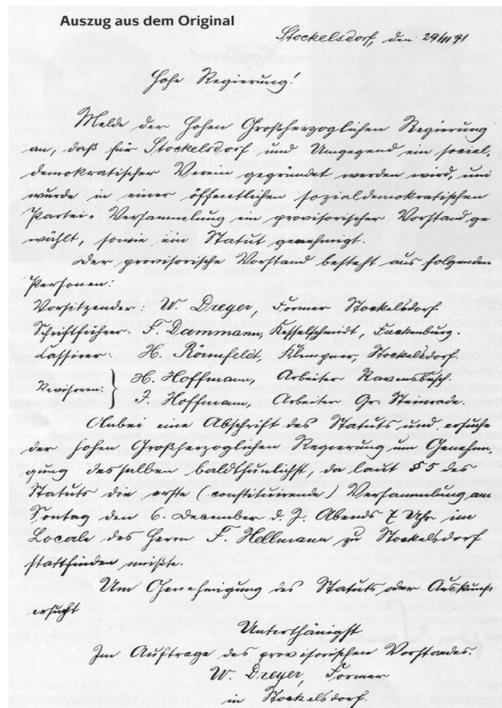
Arbeiterklasse zum Thema machten. Man traf sich konspirativ oder man gab die Zusammenkünfte als Wanderungen und Kulturveranstaltungen aus. Die als Männerchor 1883 gegründete Fackenburg Liedertafel bot dazu die Möglichkeiten: Übungsabende, Feste und Ausflüge waren eine gute Tarnung für die politischen Aktivitäten. Mit der Anschaffung einer Bücherei durch den Gesangverein sollte die Arbeiterbildung gefördert werden. Ein Buch konnte für 5 Pfennige zwei Wochen lang ausgeliehen werden. Natürlich stand auch die Liedertafel unter Beobachtung der Obrigkeit.

Nach der Nichtverlängerung des „Sozialistengesetzes“ im Jahre 1890 versuchten die Sozialdemokraten in Stockelsdorf auch offiziell schon eigene Veranstaltungen durchzuführen, deren Abhaltung jedoch meistens untersagt wurde, wie zum Beispiel am 1. Mai 1890 eine Zusammenkunft

mit dem Thema „Die materielle Lage der Arbeiter“. Hingegen konnte am 13. September 1891 eine größere Versammlung durchgeführt werden, auf der der Referent Fr. Theiß aus Hamburg zum Entwurf des neuen Grundsatzzprogramms der Deutschen Sozialdemokratie sprach, das auf dem in Kürze stattfindenden Parteitag in Erfurt beschlossen werden sollte. Die gleichen Rechte für alle Menschen ohne Unterschied von Geschlecht und Abstammung war die Leitidee dieses Programms. Diese Versammlung beim Gastwirt und Postagenten Hellmann in Fackenburg wurde von 100 Leuten besucht, darunter 16 Frauen. Als Sitzungsvorstand fungierten dabei der Arbeiter Wilhelm Dreyer, der Kesselschmied Fritz Stehen und der Klempner H. Rönnefeldt. Im November 1891 beschloss man schließlich ein Statut des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgebung und wählte einen vorläufigen Vorstand: den Former **Wilhelm Dreyer** aus Stockelsdorf als Vorsitzenden, den Kesselschmied **F. Dammann** aus Fackenburg als Schriftführer, den Klempner **H. Rönnefeldt** aus Stockelsdorf als Kassierer sowie die Arbeiter **H. Hoffmann** aus Ravensbusch und **I. Hoffmann** aus Groß Steinrade als Revisoren.

Antrag auf Genehmigung des sozialdemokratischen Vereins Stockelsdorf und Umgebung vom 29.11.1891

Die staatliche Behörde in Eutin genehmigte die Vereinsgründung nach Rücksprache mit dem Polizeiamt der Stadt Lübeck, allerdings erst im Frühjahr 1892. Auch nach der offiziellen Zulassung mussten alle Veranstaltungen der Stockelsdorfer Sozialdemokraten, in der Regel nach enger Abstimmung mit dem Lübecker Polizeiamt, von der Eutiner Teilregierung genehmigt werden. Die Gendarmerie Stockelsdorf hatte regelmäßig



umfangreiche Berichte über alle Aktivitäten des Vereins nach Eutin zu schicken.

Im Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig befinden sich unter der Bezeichnung „Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung 1878-1908“ umfangreiche Akten der „Regierung des Bistums/Fürstentums/Landesteil Lübeck zu Eutin“. Die große Menge der Dokumente, die Stockelsdorf betreffen, zeigen den Umfang der Aktivitäten des Sozialdemokratischen Vereins.

Die Stockelsdorfer Partei gewinnt an Bedeutung

Das Eintrittsgeld (Aufnahmegebühr) in die Partei betrug 20 Pfennige und der monatliche Beitrag 10 Pfennige. (Der Stundenlohn eines Arbeiters lag damals bei 20 bis 30 Pfennigen). Die Parteiversammlungen fanden jeweils am ersten Sonntag des Monats abends um 7 Uhr in Fackenburg statt, zunächst in der Gastwirtschaft Hellmann und dann bei Paetau (später Lampe).

Schon im März 1892 konnte Schriftführer Rönnefeldt der Versammlung mitteilen, dass der Verein inzwischen bereits über 90 Mitglieder habe. Die monatlichen Versammlungen wurden regelmäßig von 30 bis 60 Personen besucht.

Die wichtigste Veranstaltung war in jedem Jahr die Maifeier. Eine Nichtteilnahme wurde mit Strafe belegt, die um 1900 immerhin 50 Pfennige betrug. Am Ende eines Berichtes des Stockelsdorfer Gendarmen Peizner an die Regierung in Eutin vom 4. Mai 1900 heißt es: „Am Morgen des 1. Mai versammelten sich dann ca. 130 Personen bei Paetau um das rote Banner der Liedertafel und zogen mit Musik und abwechselnd singend über Stockelsdorf, Bareneck, Eckhorst Heckkaten, Gr. Steinrade, Mori, Ravensbusch nach Fackenburg zu Paetau. Wie der Unterzeichnete beobachtet hat, ging alles sehr ruhig zu.“

Im gleichen Bericht erwähnt der Polizeibeamte zwei vorangegangene Parteiversammlungen im April, auf denen einmal ein „Agitator Ahrendt aus Düsseldorf“ über die Parteioorganisation und zum anderen der Redakteur des Lübecker Volksboten Friedrich über die Bedeutung des 1. Mai gesprochen hatten.

Neben den Maiumzügen waren die Wanderungen nach Schwartau in den

Riesebusch oder in die Wüstenei, meistens mit Musikbegleitung, von Bedeutung. Bis zum Beginn des Weltkrieges waren diese Wanderungen ein wichtiges Element der Propaganda (Öffentlichkeitsarbeit).

Am 4. September 1908 zeigte die Stockelsdorfer SPD der Regierung einen neugewählten Vorstand an: **Wilhelm Meyer**, Musiker, Fackenburg (1.Vorsitzender), **Otto Nickel**, Brauer, Fackenburg (2.Vorsitzender), **Ernst Schröder**, Arbeiter, Marienthal (Kassierer) und **Johann Stuhr**, Maurer, Marienthal (Schriftführer).

Über die Freie Arbeiterjugend für Stockelsdorf und Umgegend berichtet der Gendarm Fitzner am 6. April 1912 auf Nachfrage nach Eutin: „Leiter ist der Zimmergeselle und Agitator Carl Fick in Stockelsdorf (Bruder des sozial.dm. Landtagsabgeordneten Maurers Heinrich Fick). Diese Arbeiter-Jugend zählt etwa 30 Mitglieder im Alter von 14-18 Jahren. Es sind teils Lehrlinge, teils Fabrikarbeiter, teils Gelegenheitsarbeiter und Kinder erklärter Sozialdemokraten.

Die Zusammenkünfte finden sonntags nachmittags in der Wirtschaft von Oldenstädt in Ravensbusch statt. Wo die Geselligkeit durch Spiele (Lotto u. dergl.) wie auch durch Vorträge und Aufführungen gepflegt werden soll. Sie haben auch schon öffentlich theatralische Aufführungen u. dergleichen veranstaltet und am 1. Oktober an einem Veranstaltungsabend der Fackenburg Liedertafel durch Aufführungen mitgewirkt.

Wenn auch das äußere Gebaren harmlos zu sein scheint, so dürfte doch der wahre Zweck der sein, die von der Schule, patriotischen Vereinen usw. verbreiteten patriotischen und monarchistischen Anschauungen durch sozialistische entgegen zu arbeiten und zu bekämpfen, um so die Arbeiter-Jugend von vorn herein dem Sozialismus zu zuführen und zu erhalten.“

Die Wahlen zum Oldenburger Landtag

Die staatliche Verbindung (Verwaltung und Finanzen) zwischen den auseinanderliegenden Landesteilen des Großherzogtums Oldenburg war zunächst nur locker. Die Provinzialregierungen waren weitgehend selbständig. Das änderte sich 1849, als in Oldenburg ein zentraler Landtag gebildet wurde, in dem entsprechend der Bevölkerungszahl auch Abgeordnete des Fürstentums Lübeck vertreten waren. Obwohl das Wahlrecht, im Gegensatz zum Dreiklassenwahlrecht in Preußen, liberaler konzipiert

war, hatten die Sozialdemokraten zunächst gegen die liberalkonservativen Parteien keine Chance auf ein Landtagsmandat. Das indirekte Wahlrecht lief über Wahlmänner ab, die direkt gewählt wurden. Im Fürstentum waren es mehr als 70 Wahlmänner. Ein Landtagsmandat konnte nur mit der absoluten Mehrheit des Wahlmännergremiums gewonnen werden. Während aus dem oldenburgischen Teil bereits drei Sozialdemokraten im Landtag vertreten waren, gelang es der SPD erstmals 1904 auch im Fürstentum Lübeck ein Mandat zu erringen. Allerdings fand sich niemand, der es wegen der damit verbundenen Kosten antreten konnte. Es gab keine Kostenerstattung, weder für die lange, beschwerliche Reise nach Ostfriesland noch für Verpflegung und Unterbringung. Also das, was heute Diäten genannt wird. Deshalb trat man das im Landesteil Lübeck gewonnene Mandat an den gemeinsamen SPD-Vorsitzenden Paul Haug aus Ostfriesland ab.

Im Namen der Stockelsdorfer Sozialdemokraten stellte daraufhin der Genosse Westphäling auf der nächsten Agitationskonferenz in Neumünster einen Antrag an den Parteivorstand, mit dem die wirtschaftliche Sicherstellung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gefordert wurde.

Bei den kurz aufeinander folgenden Wahlen 1904 und 1905 gab es eine Absprache mit den Nationalsozialen (nicht zu verwechseln mit den Nationalsozialisten) zur gemeinsamen Stimmabgabe im Wahlmännergremium. Tatsächlich erreichte man dadurch eine knappe absolute Mehrheit, denn die SPD hatte alle Wahlmänner im südlichen Landesteil (Schwartau, Rensefeld und Stockelsdorf) gewonnen. Allerdings hielten sich nicht alle Wahlmänner der Nationalsozialen an die getroffene Vereinbarung. Deshalb erhielt nur Emil Zeidler aus Schwartau eine Stimmenmehrheit, während der ebenfalls von den Sozialdemokraten nominierte Gärtner Johann Bull aus Ravensbusch nicht in den Landtag einrücken konnte. Die Verärgerung bei den Sozialdemokraten war so groß, dass man beschloss, zukünftig um eine eigene Mehrheit bei den Wahlmännern zu kämpfen. Dies gelang allerdings bei der nächsten Wahl im Jahre 1908 noch nicht. Erst ein neues direktes Wahlrecht (im Fürstentum wurden zwei Wahlkreise gebildet, in denen jeweils zwei Abgeordnete zu wählen waren) brachte bei den nächsten Wahlen Anfang Oktober 1911 einen großen Erfolg. Im Südbezirk siegten schon im ersten Wahlgang der Gärtner **Johann Bull** aus

Ravensbusch und der Maurer **Heinrich Fick** aus Stockelsdorf. Beide blieben über das Ende des ersten Weltkrieges hinaus bis 1919 im Parlament in Oldenburg.



Der elfköpfigen SPD Fraktion im Oldenburger Landtag 1916 gehörten auch zwei Abgeordnete aus dem Fürstentum Lübeck an: Heinrich Fick, Stockelsdorf (Zweiter von rechts oben) und Johann Bull, Ravensbusch (Zweiter von rechts unten)

Nach der Novemberrevolution 1918 begann dann die Diskussion darüber, ob das zersplitterte Oldenburg insgesamt als Freistaat erhalten oder nun eine Neuordnung der Landesteile angestrebt werden sollte. Weil sich die Sozialdemokraten aber nicht darauf einigen konnten, wem das ehemalige Fürstentum Lübeck zugeordnet werden sollte (der Norden war für einen Anschluss an die preußische Provinz Schleswig-Holstein, während der Süden für ein Zusammengehen mit der Freien und Hansestadt Lübeck war) und man den Landesteil auf keinen Fall teilen wollte, setzten sich die bürgerlichen Kräfte mit Hilfe der SPD im Oldenburger Kernland durch. Das zersplitterte Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld blieb ein eigenständiges Land der Weimarer Republik.

Nachdem 1899 das Verbindungsverbot der sozialdemokratischen Vereine untereinander aufgehoben worden war, hatten sich die Organisationen

im Fürstentum Lübeck aus praktischen und Kostengründen dem Schleswig-Holsteinischen Verband angeschlossen. Dieser Umstand trug natürlich nicht zum Zusammenhang der SPD im Großherzogtum Oldenburg bei. Nun wurden die Kontakte auf Parteiebene noch weitmaschiger, denn die SPD Oldenburg schloss sich dem Bezirk Weser-Ems an.

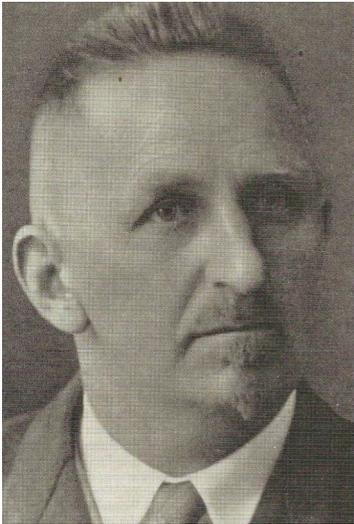
Noch während der Sozialistengesetze hatte der Lübecker Theodor Schwartz für den Reichstag kandidiert, danach waren es Paul Hug, der Parteivorsitzende aus Ostfriesland und schließlich (1907) Wilhelm Stelling, der spätere Ministerpräsident von Mecklenburg. Trotz sehr guter Ergebnisse für die SPD im Landesteil Lübeck (teilweise über 50%) wurde jedoch keiner von ihnen gewählt. Zu groß war die liberal-konservative Mehrheit in Ostfriesland. Ab 1919 gehörte Stockelsdorf dann zum schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis 13.

1918 bis 1933: Die Ära Karl Fick

Bei den Landtagswahlen bildete der gesamte Landesteil Lübeck einen gemeinsamen Wahlkreis, in dem entsprechend des neuen Verhältniswahlrechts die Kandidaten in der Reihenfolge der Parteilisten gewählt wurden. Bei den Wahlen 1919 und 1920 konnten die Sozialdemokraten zwei Abgeordnete durchbringen. Das gelang schon 1923 nicht mehr. Die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP) war stärkste Partei im Landesteil geworden. Nur noch dem Spitzenkandidaten der SPD, Karl Fick aus Stockelsdorf, gelang es in den Landtag einzuziehen. Zwar konnte sich die SPD 1925 und 1928 (44,6%) nochmals zwei Mandate sichern, aber danach dominierten die Nationalsozialisten (NSDAP), die im Landesteil Lübeck eine Hochburg hatten. Sie erhielten bei den Landtagswahlen am 29. Mai 1932 bereits 50,4 % der Stimmen, während die SPD nur noch auf 31,9 % kam.

1932 war Oldenburg das erste Land im Deutschen Reich, das eine nationalsozialistische Regierung bekam. Regierungspräsident für den Landesteil Lübeck wurde der Eutiner SA-Standartenführer Heinrich Böhmcker. So begann schon vor 1933 eine schwere Zeit für die Kommunisten und Sozialdemokraten im Landesteil, insbesondere für Karl Fick, der in massiver Auseinandersetzung mit Böhmcker gestanden hatte. Sie wurden verhaftet und in schnell eingerichtete frühe Konzentrationslager im Landesteil gebracht: Erst nach Schwartau und Eutin und dann nach Ahrensböck.

Karl Fick war der führende sozialdemokratische Politiker im Landesteil Lübeck und überhaupt der bedeutendste Stockelsdorfer seiner Zeit. Hauptberuflich war er Kreisleiter des Landarbeiterverbandes (Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeiter). Ab 1919 war er Mitglied im Gemeinderat und im Kreistag und von 1922 bis 1933 Landtagsmitglied in Oldenburg.



*Wahlplakat
aus dem Jahre
1931
(gefunden unter
der Tapete
eines Hauses in
der Lohstraße)*

Karl Fick



Auch dem 1933 ohne Wahl von den Nazis neugebildeten Landtag gehörte er noch an, konnte aber schon an der Eröffnungssitzung am 17. Mai nicht mehr teilnehmen, da er von den Nationalsozialisten am 11. März in „Schutzhaft“ genommen worden war. Nach einigen Monaten entlassen, war er im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur aktiv. In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1944 wurde er im Zusammenhang mit dem Attentat am 20. Juli 1944 auf Hitler erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Neuengamme gebracht. Ende April 1945 wurde er von dort mit 4000 weiteren Häftlingen im Todesmarsch von der SS nach Lübeck auf die „Cap Arkona“ getrieben. Als das Schiff am 3. Mai von englischen Bombern in der Neustädter Bucht versenkt wurde, fand Karl Fick dabei, wie die meisten Häftlinge, den Tod.

Die Vorsitzenden der Stockelsdorfer SPD nach dem ersten Weltkrieg waren **Otto Nickel, Willi Stühmer, Heinrich Fick, Karl Schaper, Heinrich Stuhr, Kurt Barth** und **Bruno Lenkersdorf**. Es ist anzunehmen, dass es

auch in Stockelsdorf, schon wegen der Nähe zur Hansestadt Lübeck, in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine starke sozialdemokratische Dominanz gab. Leider sind die Aufzeichnungen darüber vernichtet und Zeitzeugen leben nicht mehr. Zusammen mit den Vorfeldorganisationen waren die Kultur- und Freizeitangebote für Erwachsene und Kinder vielfältig und der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt der Parteimit-



Parteibanner der SPD Stockelsdorf von 1922

glieder traditionell groß. Ein Höhepunkt war 1922 die Weihe der aufwändig gefertigten Parteifahne durch Dr. Julius Leber. Auf dieser Fahne, die in der damaligen Zeit eine sehr große Bedeutung hatte, ist als Gründungsjahr 1892 festgehalten. Durch eine mutige Aktion konnte die Fahne vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten gerettet werden.

Nach den ersten Wahlerfolgen in der Weimarer Republik hatten es die Sozialdemokraten gegen die stärker werdenden konservativen Kräfte und schließlich auch gegen die gerade im Freistaat Oldenburg stark aufkommenden Nationalsozialisten bald zunehmend schwerer, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Mit der Machtübertragung an Adolf Hitler im Januar 1933 begann der systematische Abbau demokratischer Strukturen. Nach der letzten von Verhaftungen und Einschränkungen begleiteten Reichstagswahl am 5. März 1933 übernahmen die Nazis auch die alleinige Macht im Stockelsdorfer Rathaus. Mit dem Gleichschaltungsgesetz der Länder mit dem Reich wurden auch alle Parlamente entsprechend des Ergebnisses der Reichstagswahl zwangsweise neu zusammengesetzt. In Stockelsdorf waren neben sechs Nationalsozialisten noch fünf Sozialdemokraten vertreten. Ein Sitz, der eigentlich den Kommunisten zustand, wurde gar nicht erst besetzt. Das Gremium tagte in dieser Zusammenset-

zung jedoch nur einmal im Juni, dann wurden die „Marxisten“ aus allen Gemeinderäten ausgeschlossen. Bei der zweiten Sitzung des Gemeinderates am 19. Juli 1933 waren nur noch Nationalsozialisten vertreten. **Willi Stühmer, Karl Schaper** und **Amandus Voigt**, der auch Vorsitzender des ATSV war, wurden verhaftet.

Der Neuanfang

Sofort nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft (am 3. Mai 1945 war die englische Armee, von Lübeck kommend, kampflos in Stockelsdorf einmarschiert) fanden sich, schneller als an fast allen anderen Orten, wieder die SPD-Mitglieder zusammen, die schon vor 1933 in Stockelsdorf die örtliche sozialdemokratische Politik bestimmt hatten. Bereits am 1. September 1945 wurde im Lokal von Hans Dornheim der gleiche Vorstand gewählt, der schon vor dem Verbot 1933 im Amt war: Vorsitzender **Bruno Lenkersdorf**, sein Vertreter **Willi Stühmer, Kassierer W. Prühs** sowie **Heinrich Stuhr** und **Hans Burmeister** als Beisitzer. Gleichzeitig wurde auch die Neugründung der „Kulturvereine“ beschlossen. Für den Turnverein waren dabei Johannes Drews, Hans Burmeister und Gertrud Groth zuständig sowie für den Gesangverein Heinrich Stuhr und Erna Schaper.

Der Bürgermeister und sämtliche Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung wurden von der britischen Militärregierung entlassen. Als Bürgermeister wurde der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Heinrich Fick eingesetzt, er war vor Beginn der Nazidiktatur Gemeinderatsmitglied und zeitweise Ortsvereinsvorsitzender. Gemeinsam mit Willi Stühmer hatte er von Anfang an eng mit den Besatzungsbehörden zusammengearbeitet.

Im Dezember 1945 setzten die Engländer einen Gemeinderat ein, dessen Zusammensetzung sich an der Zeit vor 1933 orientieren sollte: SPD 11, KPD 3, CDU 8 Sitze sowie 2 Unabhängige. Gleichzeitig wurde von der Besatzungsmacht in Schleswig-Holstein eine neue Gemeindeordnung verfügt, mit einer konsequenten Trennung von Politik und Verwaltung nach englischem Vorbild. So musste der Verwaltungsmitarbeiter Bruno Lenkersdorf sein Amt als Ortsvereinsvorsitzender abgeben. Der Bürgermeister war kein Verwaltungschef mehr, sondern jetzt ehrenamtlicher Vorsitzender und Sprecher des Gemeinderates (heute Bürgervorsteher). Der Leiter

der hauptamtlichen Verwaltung wurde nun ein Gemeindedirektor. Zum ehrenamtlichen Bürgermeister wurde Willi Stühmer gewählt, während Heinrich Fick Gemeindedirektor wurde und damit die Leitung der Verwaltung behielt.

Die Zusammenarbeit mit der Militärbehörde war im Interesse der Menschen in Stockelsdorf durchaus auch konfliktreich. Die Aufgaben der ersten Monate und Jahre waren enorm: Denn die extreme Knappheit von Nahrungsmitteln brachte Flüchtlinge und Einheimische gleichermaßen in Not. Die Gemeinde wies schnell zusätzliche Kleingartenanlagen als Beitrag zur Selbstversorgung aus. Im Winter war zudem die Brennstoffbeschaffung das große Problem. Neben Torf, der nun in Mengen vor allem in Curau und Krumbeck gestochen wurde, war Holz zunächst das einzige Brennmaterial, das zur Verfügung stand. Aber die vorhandenen Mengen reichten nicht aus, deshalb wurde das Fällen von Chausseebäumen in größerem Umfang erlaubt, alles Maßnahmen einer sozialdemokratisch geführten Gemeinde.

Mit dem Zustrom von fast 5000 Menschen hatte sich die Einwohnerzahl der Gemeinde verdoppelt. Wohnraum musste in großem Umfang beschafft werden. Massenunterkünfte, vor allem die Schule Ravensbusch, waren nur eine vorübergehende Notlösung. **Werner Lüdtke**, SPD-Gemeinderatsmitglied aus Malkendorf und selbst Flüchtling, hatte die schwierige Aufgabe des Vorsitzenden des Wohnungsausschusses übernommen, der für die Wohnraumbeschaffung verantwortlich war. Es ist leicht vorstellbar, mit welchen Konflikten die teilweise erzwungene Einquartierung in die Wohnungen und Häuser „der Einheimischen“ verbunden waren. Entspannung trat erst Anfang der 50er Jahre ein, als in der Segeberger Straße auf der Wasserkoppel (heute: Marienburgstraße) ein erster Wohnblock errichtet werden konnte und im Bereich der unteren Lohstraße Siedlungshäuser im Eigenbau entstanden. Die darauffolgende enorme Bautätigkeit zwischen der Lohstraße und dem Landgraben, der Stadtgrenze zur Hansestadt, erforderte weiteren Flächenbedarf. Werner Lüdtke verhandelte deshalb erfolgreich mit der Hansestadt Lübeck (Bürgermeister Otto Passarge) über den Ankauf von Flächen des Vorwerker Friedhofs. Auf dem Areal, für das 30 Pfennige pro Quadratmeter bezahlt wurden, entstand die Bebauung der Tilsiter Straße und der Stolper Straße.

Die SPD hatte 1945 also gleich Verantwortung beim Wiederaufbau demokratischer Strukturen und der Beseitigung der akuten Wohnungsnot übernommen, damit aber auch für die vielen unabweisbaren Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Eingliederung der Flüchtlingsfamilien. Bei der ersten freien Gemeinderatswahl 1946 kam es wohl auch deshalb zu einer Niederlage. Die CDU erhielt mit 11 Sitzen die absolute Mehrheit, während sich die SPD mit 9 Sitzen zufrieden geben musste. Die KPD bekam einen Sitz. Die neue Mehrheit hatte sofort Konsequenzen. Neuer ehrenamtlicher Bürgermeister wurde der CDU-Mann Wilhelm Westphal, hauptamtlicher Gemeindedirektor wurde Eugen Frey. Bei der nächsten Wahl 1948 wurde die Besetzung des Gemeinderates (SPD 14, CDU 6) dann wieder deutlich korrigiert und Willi Stühmer wurde erneut ehrenamtlicher Bürgermeister.

Gertrud (Trudel) Groth, die seit November 1945 Leiterin der Gemeindekasse war, wurde Vorsitzende des wieder ins Leben gerufenen Ortsverbandes der Arbeiterwohlfahrt, den sie dann über 25 Jahre leitete. Sie gründete mit großem Erfolg den sozialistischen Jugendverband die „Falken“. Es gelang ihr schon 1948, den weitgehend durch Spenden finanzierten Bau eines Jugendheimes im Herrengarten (Falkenheim) zu initiieren. Ein Haus, das allen Jugendlichen als Begegnungsstätte offenstand und später auch als Altentagesstätte (Gruppe „Frohsinn“) genutzt wurde. Leider wurde am Ende fast keine Bauunterhaltung von der Gemeinde mehr zur Verfügung gestellt, so dass das Haus verfiel und um die Jahrtausendwende schließlich abgerissen werden musste. Gertrud Groth wurde für ihr politisches und soziales Engagement mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdien-



stordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Eine besondere Ehrung gab es für sie im Jahre 2000, als noch zu Lebzeiten im Neubaugebiet am Mühlenberg eine Straße (Gertrud Groth Ring) ihren Namen erhielt.

Abschied vom Falkenheim

Mit der Gründung der Bundesrepublik endete 1949 die Besatzungszeit in Westdeutschland. Die Bundesrepublik erhielt mit dem Besatzungsstatut weitgehende Souveränität. Damit entfiel auch die Lizenzpflicht für neue Parteien. In Schleswig-Holstein gründete sich daraufhin sofort (1950) die Flüchtlingspartei BHE (Bund der Heimatvertrieben und Entrechteten). Sie veränderte die Parteienlandschaft im Land für einige Jahre total. Bei der Landtagswahl im Juni 1950 hatte sie sofort einen großen Wahlerfolg (23,4 %) und löste in einer Koalition mit CDU, FDP und DP die SPD-Landesregierung ab. Die Bedingung des BHE für den Eintritt in die Landesregierung war die umgehende Neuwahl der Kreis- und Gemeindeparlamente. Diese vorgezogene Kommunalwahl brachte am 30. Mai 1951 dann auch den erwarteten landesweiten Erfolg für den BHE.

In Stockelsdorf hatten die Gründung der neuen Partei und das Wahlergebnis für die SPD gravierende Folgen. Der im April 1950 als Nachfolger von Willi Stühmer gerade neu gewählte Bürgervorsteher Siegfried Krüger trat schon im Sommer aus der SPD aus und schloss sich der in Stockelsdorf gegründeten Ortsgruppe des BHE an. Mit zwei weiteren sozialdemokratischen Gemeindevertretern bildete er schon vor der vorgezogenen Kommunalwahl eine BHE-Fraktion im Rathaus.

Bereits vor der Landtagswahl im Juli 1950 hatte der Landtag die alte Gemeindeordnung wieder in Kraft gesetzt. Jetzt führte der Gemeindedirektor als Chef der Verwaltung wieder die Amtsbezeichnung Bürgermeister, während der bisherige ehrenamtliche Bürgermeister nun die Bezeichnung Bürgervorsteher trug. Bei der erforderlichen Neuwahl des Bürgermeisters hatte die SPD nach dem Austritt der zum BHE gewechselten Fraktionsmitglieder im Gemeinderat zwar immer noch die absolute Mehrheit und mit Kurt Semprich aus Ratekau auch einen eigenen Kandidaten aufgestellt, aber in der geheimen Abstimmung votierte ein Mitglied der Fraktion für den bisherigen Gemeindedirektor Frey, der damit bis 1957 als Bürgermeister im Amt blieb.

Das Ergebnis der Kommunalwahl im Mai 1951 brachte, als Folge der Übertritte zum BHE, dann auch für die Stockeldorfer SPD ein Desaster. Sie konnte nur noch 3 Sitze im Gemeinderat erringen, während der BHE mit 10 Abgeordneten einen überragenden Wahlerfolg feierte. Die neu gegründete Wählergemeinschaft SHW erhielt 8 Sitze. Sie war aus dem Bürgerbund hervorgegangen, der sich als Interessenvertretung der einheimi-

schen Bevölkerung verstand, die CDU war deshalb gar nicht angetreten. Bei der Wahl des Bürgervorstehers schloss sich die SPD jetzt konsequenter Weise dem Vorschlag des SHW an und stimmte für Max Hamerich. Damit wurde die Wahl des Dissidenten Siegfried Krüger verhindert.

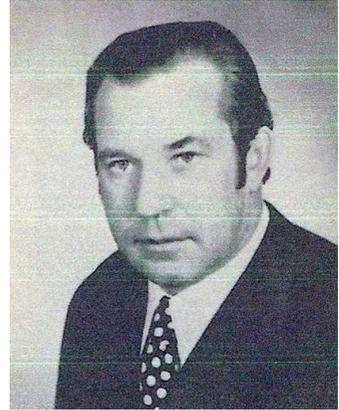
1952 bis 1977: Die Ära Lüdtko/Kohlmorgen

Willi Stühmer, der im März 1946 das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden der SPD von Bruno Lenkersdorf übernommen hatte, wurde am 23. März 1949 von Karl Evers abgelöst, der die Stockelsdorfer SPD drei Jahre durch eine schwere Zeit zu führen hatte. Am 1. Februar 1952 übernahm dann Werner Lüdtko das Amt. Er hatte schon nach dem Auseinanderbrechen der SPD im Rathaus als einzig verbliebener Flüchtling - wie er betonte - die Restfraktion geführt. Werner Lüdtko blieb 25 Jahre Vorsitzender der Partei und war lange Vorsitzender der Fraktion im Rathaus. Daneben war er für viele Wahlperioden gemeinsam mit Heinz Schaper Mitglied im Eutiner Kreistag. Er war ganz sicher der wichtigste Stockelsdorfer SPD-Politiker der Nachkriegszeit. Obwohl es der SPD nach 1948 erst 1970 gelang, wieder die absolute Mehrheit in der Gemeindevertretung zu erringen, konnte er durch geschicktes Handeln und Verhandeln Stockelsdorf in dieser Zeit einen sozialdemokratischen Stempel aufdrücken. So konnte der Sozialdemokrat **Hans Kohlmorgen** 1957 zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt werden. Er schied erst 1975 aus Gesundheitsgründen aus dem Amt. In diese Zeit fielen außerordentlich wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur der Großgemeinde, wie der Aufbau einer Kanalisation für Haushalte und Gewerbebetriebe, der Ausbau und die Sanierung der Verkehrswege sowie die Sanierung und der Neubau von Schulen, um nur einige Beispiele zu nennen. Werner Lüdtko war Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat und gleichzeitig Mitglied im Kreistag, teilweise im Amt des stellvertretenden Kreispräsidenten. Als es erforderlich wurde, übernahm er für längere Zeit auch noch den Vorsitz der Fackenburger Liedertafel. Er arbeitete, wie einige andere Stockelsdorfer Sozialdemokraten, bei der LMG (Lübecker Maschinenbau AG) kurz „Aktien“ genannt und war dort lange Zeit stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. 1970 errang die SPD erstmals wieder die Mehrheit der Sitze im Gemeinderat, und Werner Lüdtko konnte Max Hamerich als Bürgervorsteher ablösen.



*Werner
Lüdtke*

*Hans
Kohlmorgen*



Bereits 1970 hatte die CDU im Landtag im Alleingang die eigenwillige Struktur einer Gebietsreform durchgesetzt. Für die Gemeinde Stockelsdorf gab es einen gravierenden Einschnitt: Groß Steinrade und ein Teil von Mori wurde der Hansestadt Lübeck zugeschlagen. Eine sehr unsinnige Entscheidung, die mit Blick auf die Gebietskarte offensichtlich am „grünen Tisch“ gefällt worden war: ein in das Lübecker Stadtgebiet hineinragender Zipfel wurde abgeschnitten und die alte Trasse der Lübeck-Segeberger Eisenbahn zur Ortsgrenze erklärt. Dass damit aber auch über Jahrhunderte gewachsene soziale, politische und gesellschaftliche Bindungen durchtrennt wurden, berücksichtigte diese Fehlentscheidung nicht. Für die Stockelsdorfer SPD hatte dies auch eine besondere personelle Konsequenz. Das überaus aktive Steinrader Gemeinderatsmitglied Marianne Haase, die auch die Arbeit der Frauengruppe bestimmte, wohnte jetzt in Lübeck und musste sich dorthin umorientieren.

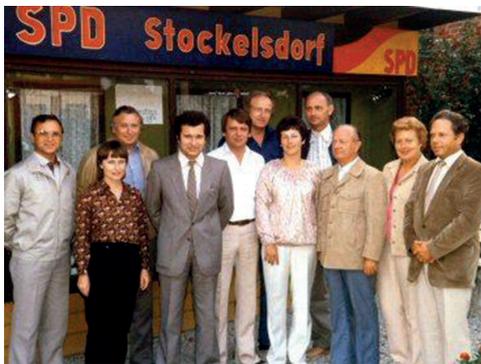
Mit dem Anwachsen der von den Gewerkschaften organisierten Maidemonstration im benachbarten Lübeck war diese Veranstaltung in Stockelsdorf wahrscheinlich schon nach dem ersten Weltkrieg entfallen. Als Ende der fünfziger Jahre die neue Sporthalle im Herrengarten fertiggestellt war, führte die Stockelsdorfer SPD hier viele Jahre lang die überaus erfolgreiche Veranstaltung „Tanz in den Mai“ durch.

Mit dem Ergebnis der Wahl 1974 endete die kurze Phase der SPD Mehrheit im Gemeinderat allerdings schon wieder. Es wurden nur 10 Sitze erreicht. Die CDU erhielt zwar auch nur 11 Sitze, konnte aber mit den 3 Sitzen der neu angetretenen Freien Stockelsdorfer Gemeinschaft (FSG) eine

Zählgemeinschaft des bürgerlichen Lagers bilden. Die Wählergemeinschaft wurde von Max Hamerich gegründet, weil er gegen den Willen seiner CDU noch einmal Bürgervorsteher werden wollte. Nach Verhandlungen mit der CDU musste er dann aber seine Pläne aufgeben. Als Preis für die Vertretung der FSG in allen Ausschüssen wurde Kurt Unruh von der CDU zum Bürgervorsteher und damit zum Nachfolger von Werner Lüdtkke gewählt. Auch bei der Wahl eines Nachfolgers von Hans Kohlmorgen konnten sich CDU und FSG erst spät auf einen neuen hauptamtlichen Bürgermeisterkandidaten verständigen. Sie einigten sich schließlich auf den 45-jährigen CDU Mann Erwin Nehring aus Cleverbrück, der 1976 auch gewählt wurde. Während dessen Amtszeit hatte die CDU nach den Wahlen am 5. März 1978 (10 SPD, 12 CDU, 1 FDP) und am 7. März 1982 (9 SPD, 13 CDU, 1 FDP) jeweils die absolute Mehrheit.

1977 bis 1998: Die Ära Kerbstadt/Sacher

Im SPD Ortsverein löste 1977 der 31-jährige Jungsozialist **Hilbert Neumann** den Vorsitzenden Werner Lüdtkke ab, der nach 25 Jahren Amtszeit zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Stellvertretende Vorsitzende waren nun der Technische Angestellte **Lothar Kerbstadt** und der Tischlermeister **Rudi Langbehn**. **Werner Drost** blieb Schatzmeister. Gleich am Anfang der Amtszeit von Hilbert Neumann stand die nachhaltige Entscheidung, ein eigenes Parteibüro zu eröffnen. Unter Mitwirkung von Karl



Sager und Werner Drost gelang es, das Gebäude des ehemaligen Schreibwarengeschäftes Schwiepeps in der Ahrensböcker Straße vom Besitzer, dem Kaufmann Groth, zu erwerben. Die Renovierung und Modernisierung des Holzbaus erfolgte in Eigenleistung. Am 2. September 1978 wurde das SPD-Büro im Beisein von

Vorstand 1981 vor dem neuen Parteibüro, von links: Günter Nowak, Christa Borngasser-Hantel, Rudi Langbehn, Hilbert Neumann, Hans-Otto Wichelmann, Dieter Ruhm, Ingrid Stephan, Lothar Kerbstadt, Werner Lüdtkke, Edith Groll und Jürgen Sacher

Björn Engholm, damals Parlamentarischer Staatssekretär des Bonner Bildungsministeriums, feierlich eröffnet. Anlässlich des Todes von Werner Lüdtke im Jahre 1987 wurde das Parteibüro in „Werner Lüdtke Haus“ umbenannt.



1984 wählte die Stockelsdorfer SPD dann **Lothar Kerbstadt** zu ihrem Vorsitzenden. Der in Wirtberg Kreis Insterburg geborene Ostpreuße war als langjähriges Vorstandsmitglied inzwischen so etwas wie ein Urgestein der Partei in Stockelsdorf. Ein weiterer ehrenamtlicher Schwerpunkt war sein umfassendes Engagement für den Deutschen Siedlerbund. Der Technische Angestellte beim Drägerwerk in Lübeck führte die örtliche SPD nun fast zehn Jahre bis 1993. Ihm folgten für je eine Wahlperiode **Uwe Schmarbeck** (1993-1995) und **Joachim Rutzen** (1995-1997). **Sven Meinke** wurde als Ortsvereinsvorsitzender schon nach einem halben Jahr von **Ulrich Kammer** abgelöst, der bis 2000 Vorsitzender war. Er arbeitet bei Dräger medical und ist dort Mitglied im Gesamtbetriebsrat. Auf Landesebene der SPD war er lange Zeit als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft im Bildungsbereich (AfB) gemeinsam mit dem Chronisten aktiv. Am 3. August 1986 wurde Bürgermeister Nehring vom Landrat amtsenthoben, verhaftet und wegen Bestechlichkeit und Vorteilsnahme im Zusammenhang mit Grundstücks- und Baugeschäften der Gemeinde Stockelsdorf angeklagt und zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe ver-

urteilt. Im Zusammenhang mit der Aufklärung dieses Skandals mussten weitere CDU-Mitglieder aus der Gemeindevertretung zurücktreten. Sie trugen wie die anderen Gemeinderatsmitglieder der CDU nicht nur die politische Mitverantwortung, sondern waren auch geschäftlich in die Machenschaften verwickelt.

Bei der auf den Skandal folgenden Wahl am 2. März 1986 verlor die CDU zwar ihre deutliche absolute Mehrheit, aber für die SPD gab es nicht den erwarteten Erfolg. SPD und CDU hatten nun jeweils elf Sitze, während die FDP wieder mit einem Sitz vertreten war.

Durch die von SPD und FDP im Gemeinderat gemeinsam gefassten Beschlüsse änderte sich nun jedoch einiges. Jens Clauß (FDP) wurde am 13. Januar 1987 zum 1. Stellvertretenden Bürgermeister gewählt und war bis zum 31. März 1988 amtierender Bürgermeister. Danach wurde, mit Dienstantritt zum 1. April 1988, das bisherige SPD-Gemeinderatsmitglied **Jürgen Sacher** für neun Jahre hauptamtlicher Bürgermeister. Während der Übergangszeit hatte die Gemeindevertretung Brigitte Ralf als Büroleitende Beamtin eingestellt.



*Lothar
Kerbstadt*

*Jürgen
Sacher*



Obwohl das Ergebnis der nächsten Wahl am 25. März 1990 für die SPD ernüchternd ausfiel, wurde in der ersten Gemeinderatssitzung ein endgültiger Schlusstrich unter die Affäre um Baulandplanung und Grundstücksvergabe der CDU gezogen. Die SPD hatte zwar einen Sitz an die Grünen verloren und verfügte damit nur noch über 10 Gemeinderatsmitglieder (während die CDU 11 Sitze behalten hatte), aber mit den Stimmen von Hans-Joerg Hartke von den Grünen, der sich formal der

SPD-Fraktion angeschlossen hatte und Jens Clauß von der FDP wurde Lothar Kerbstadt als Nachfolger von Kurt Unruh (CDU) zum Bürgervorsteher gewählt. Jens Clauß wurde wieder stellvertretender Bürgermeister. Durch eine Zählgemeinschaft mit der SPD sicherten sich die FDP und die Grünen die Mitarbeit in einigen Ausschüssen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl im März 1994 (11 SPD, 11 CDU, 2 Grüne, 2 WG) ließ es zu, dass Lothar Kerbstadt nach einer erfolgreichen Amtszeit für weitere vier Jahre Bürgervorsteher bleiben konnte.

Dagegen endete die Amtszeit von Bürgermeister Jürgen Sacher am 31. März 1997. Wegen einer Änderung der Gemeindeordnung und der Wahlordnung durch den Landtag war eine sofortige Wiederwahl nicht möglich. Für die nun vorgeschriebene Direktwahl waren Ausschreibungs- und Bewerbungsfristen einzuhalten. Bei der öffentlichen Ausschreibung hatte sich auch die parteilose Büroleitende Beamtin Brigitte Ralf beworben. Vor dem zweiten Wahlgang sprach sich auch die SPD für sie aus. Am 22. März 1998 wurde sie dann zur neuen Bürgermeisterin gewählt.

Die SPD und ihr Bürgermeister Jürgen Sacher hatten nach dem Nehring-CDU-Skandal großen Wert auf eine verlässliche und transparente Bauleitplanung gelegt. Landschaftsplan und Flächennutzungsplan für das gesamte Gemeindegebiet wurden auf den Weg gebracht. Trotz erheblicher Investitionen in Sportanlagen und Kindergärten sowie für die Ortskernumgestaltung und den weiteren Ausbau der zentralen Wasserversorgungen hatte der Schuldenabbau eine große Bedeutung.

Gleichzeitig mit dem zweiten Wahlgang der Bürgermeisterwahl fand die Kommunalwahl nach neuem Wahlrecht statt. Die Dauer der Wahlperiode betrug nun fünf Jahre und die Sperrklausel für die kleineren Parteien entfiel.

Die SPD hatte wie die CDU zwar 11 Sitze erreicht, konnte aber Lothar Kerbstadt als Bürgervorsteher nicht mehr durchsetzen. Mit den drei Stimmen der Wählergemeinschaft wurde Harald Werner von der CDU neu in das Amt gewählt.

Bei den folgenden drei Gemeindewahlen verfehlte die SPD ihre Wahlziele dann deutlich. Die politische Großwetterlage, die angetrieben durch die Agenda 2010 auch zum Ende der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder ge-

führt hatte, blies auch der Stockelsdorfer SPD kräftig ins Gesicht. Zudem hatte sich die soziale Struktur der Wählerschaft im Ort durch Neubau von Eigenheimen weiter laufend verändert. Viele aktive Partei- und Fraktionsmitglieder hatten sich inzwischen zurückgezogen. Ein Neubeginn war dringend erforderlich.

Vertrauen zurückgewinnen

Nach vier Vorsitzenden in den sieben Jahren zuvor löste **Manfred Jaeger** am 18. Februar 2000 Ulrich Kammer als Vorsitzenden des SPD Ortsvereins ab. Der Gymnasiallehrer war nach sechsjähriger Auslandstätigkeit an der Deutschen Schule in New York nach Deutschland zurückgekehrt und hatte seinen Wohnsitz in Stockelsdorf genommen.

2003 wurde das besondere Datum „111 Jahre SPD Stockelsdorf“ gefeiert. Eine Veranstaltung, die wieder alle Kräfte zusammenführen und damit ein aktives Zeichen nach außen senden sollte. Eine Homepage des SPD-Ortsvereins wurde eingerichtet und das in die Jahre gekommene Parteibüro saniert.

„Klein, fein und rot“ – stolze SPD-Mitglieder vor dem renovierten Parteibüro.



*Von links:
Niki Pavlovic, einer
der Hauptrenovierer,
Lothar Kerbstadt,
Joachim Conrad,
Otfried Krämer,
Karin Sorgenfrei,
Sigrid Jaeger,
Peter Maaß,
Manfred Jaeger,
Burkhardt Klinke
von der Kreis-
fraktion und
Fabian Pavlovic*

Im Jahre 2014 wurde das Parteibüro auf Wunsch der Gemeindeverwaltung abgerissen. An dieser Stelle befindet sich nun ein Parkplatz für die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.

Manfred Jaeger belebte den Ortsverein durch viele weitere Aktivitäten wie das jährliche „Nachbarschaftsgespräch“ mit der Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und der Landtagsabgeordneten Sandra Redmann im Garten von Gisela und Lothar Kerbstadt, die Veranstaltungen „SPD vor Ort“ zu aktuellen kommunalpolitischen Themen und gesellige Veranstaltungen wie Fahrradtouren, Skatabende und Sommerfeste. In seiner Zeit waren der Vorsitzende der Landtagsfraktion Lothar Hay, die Gesundheitsministerin Heide Moser und die Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave zu Gast in Stockelsdorf. Die Förderung der jungen Parteimitglieder (JUSOS) lag ihm besonders am Herzen.



Die JUSOS - neu gegründet in Bad Schwartau und Stockelsdorf. Mit auf dem Bild die beiden Vorsitzenden der Ortsvereine Sandra Redmann und Manfred Jaeger.

2003 wurde Manfred Jaeger in den Kreistag gewählt. Als er 2008 auch das Amt des SPD-Vorsitzenden im Kreis Ostholstein übernahm, gab er den Stockelsdorfer Parteivorsitz ab. Seit 2011 ist er Fraktionsvorsitzender der SPD in der Gemeindevertretung und seit 2013 auf Kreisebene stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion in Eutin und dort auch Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Sicherheit und Gesundheit.

Zu seinem Nachfolger als Vorsitzender der Stockelsdorfer SPD wurde auf der Jahreshauptversammlung am 4. März 2009 **Ralf Labeit** gewählt. Unter seiner Führung trat die SPD unter anderem für die Sanierung des Herrngartenteiches ein und positionierte sich gegen die Bebauung des Herrngartengeländes. Der ehemalige Studiendirektor an einer Berufsschule in Lübeck setzte sich zum Ziel, den Zusammenhalt innerhalb der SPD zu stärken und das Vertrauen der Stockelsdorfer in eine bürgernahe und menschliche Politik der Sozialdemokraten zurückzugewinnen,

nachdem wegen des negativen bundespolitischen Trends die Wahlziele der Stockelsdorfer SPD in der Gemeinde nicht erreicht werden konnten. Die Angebote zu Begegnungen und Kontakten mit den Menschen im Ort waren und sind ihm deshalb sehr wichtig: Neben vielen Veranstaltungen zur Bundes- und Landespolitik (TTIP, bezahlbares Wohnen, Kinderbetreuung, Flüchtlingspolitik u.v.m.) gehören Sommerfeste für Kinder und Erwachsene, Radtouren und Tagesfahrten genauso ins Programm wie Skat- und Kegelabende. Die Grünkohlessen mit prominenten, politischen Gästen wie Björn Engholm, Ralf Stegner und der Ministerin Britta Ernst waren besondere Höhepunkte.



Grünkohlessen und Ehrung langjähriger Mitglieder im Jahre 2012 mit Björn Engholm und der Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn



Besuch des Landtages mit Bürgerinnen und Bürgern aus Stockelsdorf

In seiner Ära konnte die SPD bei der Kommunalwahl 2013 mehr als 4% Prozentpunkte hinzugewinnen und 9 Plätze in der Gemeindevertretung erringen.

Jetzt wurde auch der „Stockelsdorfer Kurier“ wiederbelebt. Dieses Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins war schon in der Zeit von 1971 bis 2003 erschienen (zuletzt nur noch sporadisch). Es wird seit 2014 wieder drei Mal jährlich mit steigender Seitenzahl in einer Auflage von 6.000 Stück gedruckt und an alle Haushalte in Stockelsdorf verteilt.



Der aktuelle Vorstand (Stand Januar 2017) von links:

Schriftführer Karl-Ludwig Tretau, stellv. Vorsitzende Susanne Ennulat, Vorsitzender Ralf Labeit, Beisitzerin Sigrid Hielscher, Beisitzer Jürgen Hielscher, stellv. Vorsitzender Jens Andermann, Kassierer Manuel Fuchs, Beisitzerin Heike Andermann, Beisitzerin Helga Holthusen, Fraktionsvorsitzender Manfred Jaeger und die Beisitzer Marcel Müller und Michael Jarre.



STOCKELSDORF

SPD